

## NACHRICHTEN

## Israelische Siedler kamen zurück

HAVAT MAON: Nach der Räumung ihrer Ansiedlung Havat Maon im Westjordanland haben jüdische Siedler am Mittwoch in dem Gebiet erneut Zelte errichtet. Sie wollten damit gegen ihre «Diskriminierung» protestieren, erklärten Sprecher der Gruppe gegenüber der Nachrichtenagentur AFP. Der Protest der Siedler richtet sich gegen eine Entscheidung des israelischen Obersten Gerichtshofs. Das Urteil gestattet einer Gruppe von palästinensischen Hirten und Bauern, in ihre Behausungen nahe der Siedlung zurückzukehren. Die Armee hat den Bereich der jüdischen Siedlung in der Nähe von Hebron vor vier Monaten geräumt und zum militärischen Sperrgebiet erklärt.

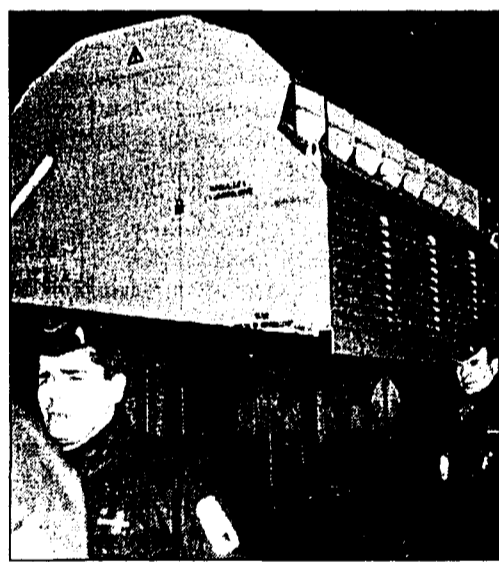
## Drei UNO-Polizisten in Serbien festgenommen

PRISTINA: Serbische Sicherheitskräfte haben am Mittwoch drei UNO-Polizisten festgenommen. Die zwei Jordanier und der Deutsche seien im Osten des Kosovo verschwunden und offensichtlich über die Verwaltungsgrenze nach Südserbien gefahren. Dies erklärte die UNO-Mission (UNMIK). Über ihre Freilassung werde verhandelt, sagte UNO-Sprecherin Nadia Younes.

## Schröder sagt Ost-Ländern Hilfen zu

DRESDEN: Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hat den neuen Ländern weitere Bundeshilfen über das Jahr 2004 hinaus zugesichert. Nach einem Treffen des Kabinettsausschusses Neue Länder der Bundesregierung mit dem sächsischen Kabinett sagte Schröder am Mittwoch in Dresden, die weitere Förderung des Aufbaus Ost sei eine gesamtstaatliche Aufgabe, die nach 2004 noch eine lange Zeit notwendig sei. Über die Dauer und die Höhe der künftigen Förderung für die fünf neuen Länder und Berlin äusserte sich der Kanzler nicht.

## Atomtransport in Belgien eingetroffen



BRÜSSEL: Die erste Lieferung des umstrittenen Rücktransports von Atommüll vom französischen Aufbereitungswerk La Hague ist am Mittwoch in Belgien eingetroffen. Greenpeace hatte sich vergeblich gegen den Transport gewehrt. Am Sonntag hatte ein belgisches Gericht einem Antrag der Umweltschutzorganisation Greenpeace zunächst stattgegeben und den Transport aus Sicherheitsbedenken verboten. Diese Entscheidung wurde nach einem Einspruch der Regierung jedoch wieder aufgehoben. Die Regierung hatte nach eigenen Angaben mit Erfolg geltend gemacht, sie habe alle notwendigen Sicherheitsmassnahmen ergriffen. Greenpeace hatte argumentiert, es gebe keine Notfallpläne für etwaige Unfälle beim Transport. Insgesamt sind 15 solcher Transporte geplant. Belgien lässt in La Hague verbrauchte Atombrennstäbe aufbereiten. Dabei entsteht neben wiederverwertbaren Brennstäben auch ein grosser Teil Atommüll.

## Kroatien verspricht Zusammenarbeit

ZAGREB: Kroatiens neue Regierung hat dem internationalen Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag volle Zusammenarbeit zugesagt und schliesst auch Verfahren gegen mutmassliche Kriegsverbrecher im eigenen Land nicht aus. Ministerpräsident Ivica Racan erklärte am Mittwoch nach einem Treffen mit der Chefanklägerin des Tribunals, Carla del Ponte, auf diese Weise könnten die Einzeltäter zur Rechenschaft gezogen werden.

## Japans neuer Regierungschef heisst Yoshiro Mori

Beide Parlamentskammern haben sich für den 62-jährigen entschieden

TOKIO: Das japanische Parlament hat am Mittwoch den 62-jährigen Yoshiro Mori von der Liberaldemokratischen Partei LDP zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Er tritt die Nachfolge von Keizo Obuchi an, der seit einem Schlaganfall am Sonntag im Koma liegt.

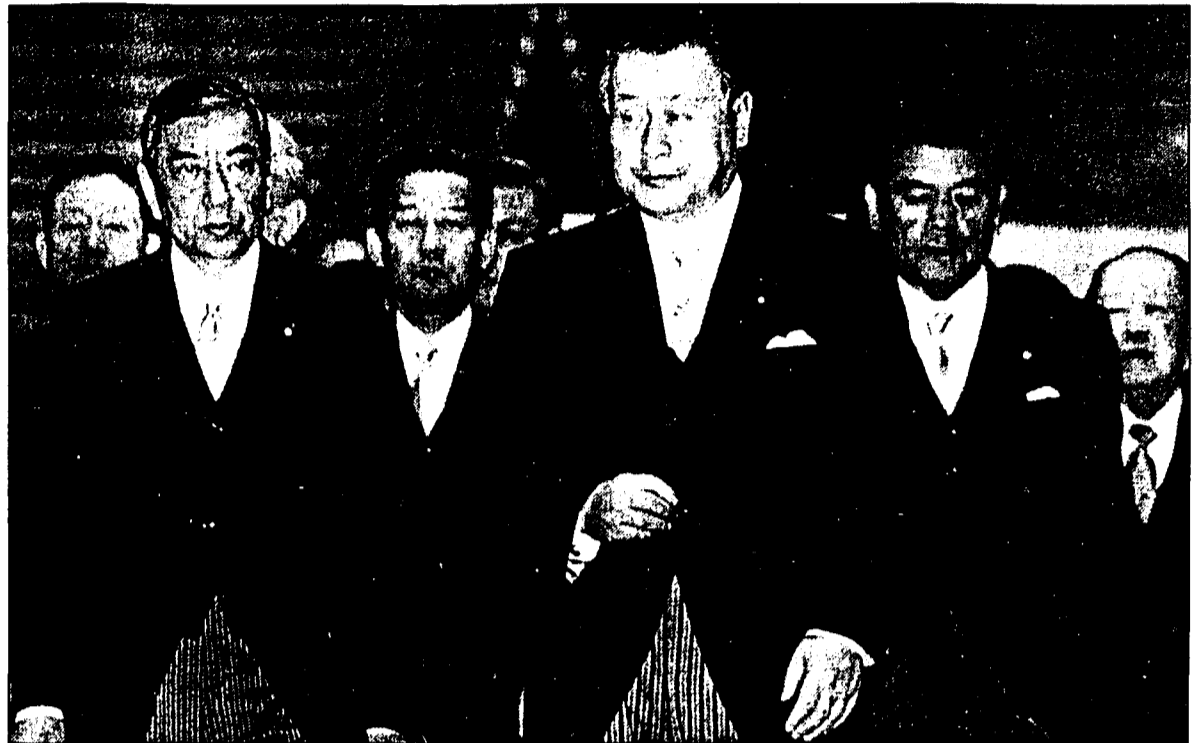
Beide Kammern des Parlaments votierten für die Ernennung Moris. Dieser war zuvor von der LDP zu ihrem neuen Parteivorsitzenden gewählt worden. Bei der Abstimmung im Unterhaus erhielt Mori 335 von 488 gültigen Stimmen. Das Oberhaus bestätigte das Votum.

Mori kündigte an, Obuchis Politik zur Wiederbelebung der lange stagnierenden japanischen Wirtschaft fortzusetzen. Als Zeichen berief er umgehend alle bisherigen Minister wieder ins Kabinett. Die Regierung war am Dienstag geschlossen zurückgetreten, um den Weg für die Neuwahl des Ministerpräsidenten freizumachen.

## Baldige Parlamentswahlen angekündigt

Entgegen der allgemeinen Erwartung sprach sich Mori gegen vorgezogene Parlamentswahlen aus. Der einflussreiche LDP-Politiker Tamisuke Watanuki hatte zuvor baldige Parlamentswahlen angekündigt.

Die laufende Legislaturperiode endet spätestens am 19. Oktober. In den vergangenen Tagen wurde je-



Der neugewählte Japanische Regierungschef Yoshiro Mori (Mitte), mit dem Aussenminister Yohei Kono (links), und dem Wirtschaftsminister Takashi Fukaya (rechts) und weiteren Kabinettsmitgliedern auf dem Weg zum Fototermin, nachdem Mori zum neuen Regierungschef bestimmt worden war. (Bild: Keystone)

doch erwartet, dass die Wahlen auf einen möglichst frühen Termin gelegt werden. Auch die Opposition hatte dies verlangt. Beobachter gingen davon aus, dass die LDP im Falle eines Todes Obuchis von der Anteilnahme in der Bevölkerung profitieren könnte.

Der 62-jährige Mori verfügt über langjährige politische Erfahrung. Er hatte mehrere Ministerposten inne und war unter anderem ein Jahr lang Handelsminister. Mori gilt als

Vertrauter Obuchis, dem er in innerparteilichen Auseinandersetzungen den Rücken frei hielt. Beobachter beschreiben ihn als fähigen Taktiker, der bislang allerdings kaum inhaltliches Profil gezeigt habe.

## Teamarbeit

Öffentlichkeitswirksam waren dagegen seine Auftritte als Rugby-Spieler, die Mori selbst als Symbol für sein politisches Rollenverständnis darstellte: Im Rugby wie in der

Regierung komme es auf Teamarbeit an, betonte er mit Blick auf sein neues Amt.

Aussenpolitisch trat Mori bislang noch nicht in Erscheinung. Ein für Ende des Monats geplanter Arbeitsbesuch beim designierten russischen Präsidenten Wladimir Putin wird einer der ersten Auftritte Moris auf diplomatischem Parkett. Im Juli ist ein Gipfel der sieben führenden Industriestaaten und Russlands (G-8) in Japan geplant.

## Rüstungswissenschaftler verhaftet

Zwei mutmassliche US-Spione in Moskau verhaftet

MOSKAU: Der russische Inlandgeheimdienst FSB hat in Moskau einen US-amerikanischen Geschäftsmann und einen russischen Rüstungswissenschaftler unter dem Verdacht der Spionage für die USA festgenommen.

Der Amerikaner habe längere Zeit Kontakt zu Wissenschaftlern in Moskau, Nowosibirsk und anderen Städten aufgebaut, um Staatsge-

heimnisse in Erfahrung zu bringen. teilte der russische Inlandgeheimdienst gestern mit. Der ehemalige Mitarbeiter des US-Geheimdienstes sei als Chef einer Privatfirma tätig gewesen.

## Weitere Verdachtsmomente

Zudem sei ein Russe wegen des Verdachts festgenommen worden. Geheimnisse weitergegeben zu haben. Es handle sich um einen Spe-

zialisten für Militärtechnologie einer Organisation in Moskau.

Das US-Aussenministerium in Washington teilte mit, dass bisher keine offizielle Anklage gegen den Amerikaner erhoben worden sei. US-Konsularbeamte hätten ihn sprechen können. Der Verdächtige werde gut behandelt und erwarte, dass der Fall in kurzer Zeit geklärt werde, sagte Sprecher James Rubin. Nähere Einzelheiten könne er nicht nennen.

Im vergangenen Jahr hatte Russland eine Mitarbeiterin der US-Botschaft wegen Spionage des Landes verwiesen. Im vergangenen Monat hatte der FSB über die Festnahme eines Russen berichtet, der für Grossbritannien spionierte haben soll. Im Januar war es zu Spannungen mit Polen gekommen, als die beiden Staaten gegenseitig je neun Diplomaten wegen Spionage auswiesen.

## Hilfe für hungernde Menschen

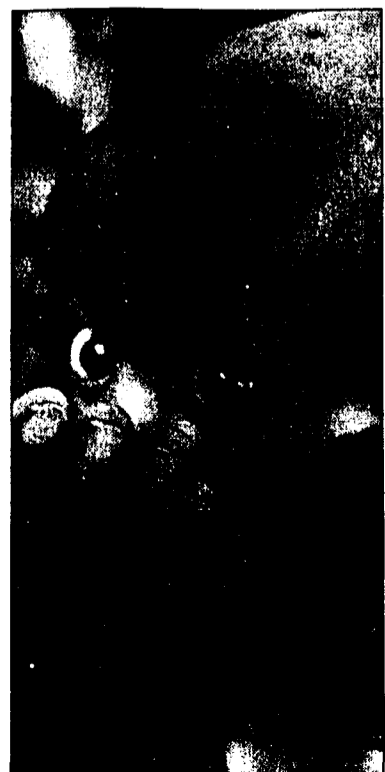
Hunger in Nordost-Afrika: Kofi Annan fordert rasche internationale Nothilfe

ROM: UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat die Staatengemeinschaft zu rascher und grosszügiger Hilfe für das von einer Hungerkatastrophe bedrohte Nordost-Afrika aufgefordert. Nach einer Dürreperiode sind dort bis zu 16 Millionen Menschen von einer Hungersnot bedroht.

«Ich denke, wir sind bereits spät dran, aber es ist nicht zu spät, Leben zu retten, wenn wir jetzt anfangen», sagte Annan am Mittwoch nach Gesprächen mit dem italienischen Aussenminister Lamberto Dini in Rom. Dini kündigte in diesem Zusammenhang ein Hilfsprogramm seines Landes für Äthiopien und Eritrea an, nannte aber keine Einzelheiten.

## Katastrophales Ausmass

Äthiopien hatte den reichen Ländern am Dienstag beim europäisch-afrikanischen Gipfel in Kairo vorgeworfen, mit der Nothilfe zu warten «bis die ersten Skelette auf den Bildschirmen zu sehen sind». Die Hungersnot könne ein ebenso



Ein völlig unterernährtes Kind trinkt Wasser aus der Hand der Mutter. (Bild: Keystone)

katastrophales Ausmass annehmen wie jene der Jahre 1984 bis 1985, bei der etwa eine Million Menschen umgekommen waren.

## Acht Millionen bedroht

Äthopiens Aussenminister Seyoum Mesfin erklärte, allein in seinem Land seien bis zu acht Millionen Menschen bedroht, doch auch Somalia und Teile Kenias und Eritreas seien gefährdet. Nach Angaben der Hilfsorganisation Ogaden Welfare Society sterben in der entlegenen Ogaden-Region im Osten Äthiopiens täglich 14 Kinder an Unterernährung.

Annan entsendet die Direktorin des UNO-Welternährungsprogramms WFP, Catherine Bertini, vom 11. bis 19. April in die betroffenen Gebiete am Horn von Afrika, um Hilfsmassnahmen vorzubereiten. Am Dienstag hatte der Kommissar der Europäischen Union (EU) für Entwicklungshilfe, Poul Nielsen, Soforthilfe der EU-Länder und anderer Staaten für die Notstandsgebiete zugesagt.

## Italien: Gesetz gegen Streiks

ROM: Das Parlament in Rom hat ein Gesetz gegen ausufernde Streiks in Italien verabschiedet. Damit soll nach italienischen Presseberichten vom Mittwoch in Zukunft ein Zusammenbruch des öffentlichen Nahverkehrs verhindert werden. Bislang hatten Streiks mitunter ganz Rom lahm gelegt. Von dem Gesetz seien nicht nur Eisenbahner, Busfahrer und Piloten betroffen, sondern auch Taxifahrer und kleinere Transporteure. Bei Verstössen seien Geldstrafen von bis zu 50 Millionen Lire (40 000 Franken) vorgesehen. Die neuen Bestimmungen sollen in wenigen Tagen in Kraft treten. Danach müsse zwischen zwei Streiks ein Zeitraum von zehn Tagen liegen. Auch während eines Ausstandes dürften nicht alle Busse und Bahnen stillstehen. Vielmehr müsse der Service zu mindestens 50 Prozent aufrechterhalten werden. Jeder Streik müsse von den Gewerkschaften zehn Tage vorher angekündigt werden.